

# Eine Einordnung der Pressemitteilung des Studierendenwerks

München, den 18.03.2026

1. „Das Studierendenwerk München Oberbayern steht hinter der Idee eines international exzellent vernetzten, weltoffenen und interkulturell starken deutschen Hochschulsystems.“

**Antwort:**

Vor zweieinhalb Jahren wurden langfristige Kooperationen mit zahlreichen Austauschprogramme in der Studentenstadt beendet. An diesen hingen Stipendien und akademisch brillante Menschen aus aller Welt. Diese werden der Studentenstadt nun ferngehalten. Das entspricht weder der Idee exzellent vernetzter Universitäten noch fördert es die intellektuelle Stärke des bayerischen Hochschulsystems.

---

2. „Das Studierendenwerk München Oberbayern kann nicht das Problem der Knappheit an bezahlbarem Wohnraum für die Studierenden in München und Umgebung lösen und wir sind auch nicht alleine dafür verantwortlich.“

**Antwort:**

Dem können wir nur zustimmen. München braucht langfristig neue Wohnheimkonzepte, die insgesamt mehr Wohnheimsplätze schaffen. Das wird auf Dauer nur mit entsprechender Unterstützung und Finanzierung durch den Freistaat möglich sein.

---

3. „[D]enn nur in einem stabilen sozialen Umfeld kann man erfolgreich studieren und sich integrieren...“

**Antwort:**

Diese Einsicht ist für die Zukunft der Studentenstadt und für Studentenwohnheime des Studierendenwerks im Allgemeinen zentral. Wir stimmen ihr uneingeschränkt zu. Ein Grundpfeiler eben dieses stabilen sozialen Umfelds in der Studentenstadt ist jedoch die Selbstverwaltung durch die Studenten. Erst durch sie wird der rechtmäßige Betrieb unserer Gemeinschaftseinrichtungen wie Bäckerei, Kiosk, Bar und Club möglich. Ebenso wird erst durch Selbstverwaltung eine Bündelung und Vertretung von Interessen möglich, durch die wir Bewohnerinnen und Bewohner die grundlegende Infrastruktur eines sozialen Zusammenlebens sichern können: unseren Wohnraum.

---

4.

A - „Fokus zunächst auf Sanierungsplanung der sog. Neustadt der Studentenstadt, da es dort bereits Leerstand gab und die Anzahl der Wohnplätze erheblich höher ist.“

**Antwort:**

Die Priorisierung der Sanierung der Neustadt ist richtig, insbesondere angesichts des bestehenden Leerstands. Auch das wirtschaftliche Argument gegen eine Sanierung der Altstadt ist nicht von der Hand zu weisen. Gleichzeitig besteht jedoch ein offensichtliches Umsetzungsdefizit: Hunderte Wohnplätze des Studierendenwerks stehen in der Studentenstadt seit mehreren, teils bis zu fünf Jahren leer, ohne dass überhaupt finale Sanierungskonzepte vorliegen, geschweige denn Sanierungsmaßnahmen begonnen wurden. Wenn nun erklärt wird, der Fokus liege „zunächst“ auf der Sanierungsplanung der Neustadt, dann ist das nicht Aufbruch, sondern die bloße Fortschreibung des bisherigen Stillstands. Über Jahre ist bei den Häusern, die sich im Besitz des Studierendenwerks befinden, faktisch nichts vorangekommen.

B - „Sanierung der überwiegend kleinen zweigeschossigen Gebäude im Bestand der sog. Altstadt ist wirtschaftlich und gesellschaftspolitisch nicht sinnvoll.“

**Antwort:**

Ja, wir stimmen hier teilweise zu. Diese Situation ist ein echtes Dilemma. Einerseits ist eine Sanierung der Altstadt wirtschaftlich schwer zu rechtfertigen. Andererseits wäre sie angesichts der katastrophalen Zustände vor Ort sachlich dringend geboten. Man kann die Bewohnerinnen und Bewohner jedoch nicht einfach aus ihren Wohnungen drängen und anschließend mit der Sanierung beginnen. Für die 699 Bewohner der Altstadt gibt es in München keinen entsprechenden Ersatzwohnraum. Deshalb begrüßen wir es, wenn Bewohner der Altstadt bei Eröffnung neuer Häuser in der Neustadt dorthin umziehen können. Umso unverständlicher ist es, dass das Studierendenwerk weiterhin nicht mit den notwendigen Schritten beginnt. Die Häuser der Neustadt, die sich im Besitz des Studierendenwerks befinden, stehen – bis auf das Sophie-Scholl-Haus – leer. An den seit langer Zeit leerstehenden Häusern 10, 13 und 14 wird nicht gebaut. Haus 13 steht bereits seit fünf Jahren leer.

---

5. „Strukturen bieten nur den Raum, Menschen füllen diesen mit Wert. Daher haben wir seit dem 01.02.2026 eine neue Regionalleitung in der Studentenstadt.“

**Antwort:**

Dass sich das größte Wohnheim Deutschlands in einem derart beschämenden Zustand befindet, kann nicht auf einen Regionalleiter geschoben werden. Der aktuelle Niedergang der Studentenstadt ist kein Problem eines einzelnen Büros vor Ort. Der gleichzeitige Abspruch jeglicher demokratischer Vertretungen und Strukturen zeigt vielmehr, dass die Ursachen nicht aus einem Regionalleiterbüro stammen, sondern aus der Leopoldstraße.

---

6. „Die umgehende Beseitigung der Schäden wurde mittels des sofort verabschiedeten Aktionsplans angegangen, um die Häuser der Altstadt nicht leerziehen zu müssen, sondern den dringend benötigten Wohnraum bis zur Sanierungsplanung der Altstadt und dem Abschluss der Sanierungen in der Neustadt halten zu können.“

**Antwort:**

Uns stellt sich hier vor allem die Frage, warum wir überhaupt so weit gehen mussten, um eine Mängelbeseitigung in unseren Häusern zu erreichen. Warum brauchte es erst enormen medialen und politischen Druck? Warum brauchte es über 2000 Fotos von Mängeln an den Mietobjekten? Warum brauchte es die Androhung einer Mietminderung?

Die grundlegende Richtung des Aktionsplans war gut gemeint, die Ziele waren nachvollziehbar. Gescheitert ist der Plan jedoch an seiner Umsetzung. Eine der zentralen Leitlinien sollten „Transparenz und Dialog“ sein. Die Realität war ein riesiges Chaos mitten in der Klausurenphase: Ausräumaktionen unserer Küchen, die erst dann mitgeteilt wurden, als die Arbeiten bereits begonnen hatten. Unklare Zeitlinien. Unklarheit darüber, wann welche Räume zugänglich waren und wann nicht. Im Ergebnis wurden zahlreiche private Gegenstände entwendet und entsorgt, weil sie sich nach einer nicht bekannten „Deadline“ noch immer auf den Fluren befanden.

---

7. „Die Maßnahmen, zu denen die außerordentliche Grundreinigung von Küchen und Bädern, der Austausch von Herden und Kühlschränken und umfangreiche Malerarbeiten genauso zählen wie die Erneuerung von Silikonfugen, Beleuchtung, Steckdosen und Abschlussleisten, führten sofort zu merklichen Verbesserungen.“

**Antwort:**

Wir fordern das Studierendenwerk auf, offenzulegen, auf welche Datengrundlage sich diese Aussage stützt. Unsere Auswertung zeigt etwas anderes: In Punkt 5.3 der Umfrage geben nur 24,1 % der Bewohner an, eine spürbare Verbesserung bemerkt zu haben. Vielmehr erweckten die Maßnahmen den Eindruck einer in hohem Maße unkoordinierten und nicht langfristig gedachten Hau-Ruck-Aktion: die Entsorgung neuer und vollkommen funktionstüchtiger Herde, Kühlschränke und Küchenutensilien, sowie das bloße Überfugen und Übermalen von Schimmel. Es ist offensichtlich, dass diese Maßnahmen eher das Image des Studierendenwerks als die Wohnbedingungen der Bewohnerinnen und Bewohner retten sollten.

---

8. „Das Technische Gebäudemanagement muss personell gut aufgestellt sein, die Prozesse müssen besser werden (insb. die Kontrolle der Reinigung und Schadensbehebung) und das Tutorenprogramm weiter gestärkt werden.“

**Antwort:**

Das Tutorenprogramm sollte nicht weiter gestärkt werden. Das entspricht weder den Interessen noch den Forderungen der Bewohner nach demokratischen Hausvertretern. Die Auswertung, insbesondere Punkt 10.2, zeigt deutlich, dass der Anteil der Bewohner, die sich durch das Tutorenprogramm angesprochen und vertreten fühlen, sehr gering ist. Ein Modell, das in der Bewohnerschaft keine echte Legitimation und kaum Vertrauen besitzt, kann nicht die Antwort auf strukturelle Probleme sein.

---

9. „Die Pflichten zur Reinhaltung der Gemeinschaftsflächen liegen aber nicht allein beim Studierendenwerk, sondern auch bei den Bewohnenden selbst.“

**Antwort:**

Das ist ein wichtiger Punkt, der auch in unseren Mietverträgen klar geregelt ist: Wir Bewohnerinnen und Bewohner sind mitverantwortlich für die Sauberkeit unserer Gemeinschaftsflächen. Auch von unserer Seite hat es an dieser Stelle in der Vergangenheit Versäumnisse gegeben. Umso wichtiger ist aber die Einsicht des Studierendenwerks, dass eine funktionierende Arbeitsteilung in Bezug auf Reinigungsarbeiten nur dort möglich ist, wo auch eine funktionierende Stockwerkgemeinschaft existiert. Genau diese Gemeinschaften wurden durch den Abbau demokratischer und alltagsnaher Strukturen geschwächt.

---

10. „Das Studierendenwerk unterstützt [den Austausch der Bewohner] u.a. aktiv durch die Abteilung Soziales und das Tutorenprogramm.“

**Antwort:**

Hier verweisen wir auf Punkt 10.2 unserer Auswertung. Das Tutorenprogramm läuft seit zwei Jahren und ist de facto gescheitert. Die Behauptung, es stelle eine tragfähige Grundlage für Austausch, Repräsentation und Gemeinschaft dar, wird durch die Rückmeldungen der Bewohnerschaft nicht gedeckt.

---

11. „Es handelt sich um ein reguläres Mietverhältnis, nicht um einen Hotelbetrieb oder eine Jugendherberge.“

**Antwort:**

Dies ist faktisch falsch. Nach der Sonderregelung des § 549 Abs. 3 BGB handelt es sich gerade nicht um ein reguläres Mietverhältnis. Zugleich ist die Studentenstadt selbstverständlich auch keine Jugendherberge. In weiten Teilen handelt es sich um Wohn-Gemeinschaften, und genau als solche müssen sie auch behandelt werden. Ebenso ist die Studentenstadt kein gewöhnliches Studentenwohnheim. Sie ist ein Studentenwohnheim, in dem Studierende der besten deutschen Universitäten leben,

und sie besitzt das Potenzial, eine Blüte der gesellschaftlichen Mitte sowie von Wissenschaft und Kunst zu sein.

„Diese Wohnanlage [könnte] zu einem Anziehungspunkt der Stadt werden und auf ihre Weise zur Zierde Münchens beitragen.“

— Egon Wiberg, Rektor der Ludwig-Maximilians-Universität und Gründer der Studentenstadt, 1957

---

**12.** „Die so genannte ‚studentische Selbstverwaltung‘ in den Wohnanlagen ist eine selbsternannte Studierendenvertretung von Vereinsmitgliedern, die kein gesetzliches Mandat zur Vertretung von Studierenden inne hat.“

**Antwort:**

Hier ist auf das Schreiben des Studierendenwerks aus dem Jahr 2015 zu verweisen, das bei der Übergabe der Studentenstadt vom Studentenstadt München e.V. an das Studierendenwerk von diesem selbst unterzeichnet wurde. Dort heißt es ausdrücklich: „Darüber hinaus fungiert die studentische Selbstverwaltung als Bindeglied zwischen den Studierenden als Mieter und dem Studentenwerk München als Vermieter und erleichtert damit die gegenseitige Kommunikation.“

Wir sind also keine selbsternannten Vertreter, sondern entspringen einer über 50-jährigen Tradition. Das Studierendenwerk widerspricht dieser demokratisch basierten Tradition inzwischen in ihren Grundzügen.

---

**13.** „Das Studierendenwerk fördert die Vereine der Studentenstadt, insbesondere durch die kostenfreie Bereitstellung der Gemeinschaftsflächen.“

**Antwort:**

Hier ist auf die Richtlinien für die Förderung von Wohnraum für Studierende zu verweisen. Diese sehen vor, dass für Studierende gemeinschaftlich nutzbare Räume erforderlich sind. Gemeinschaftsflächen sind also keine großzügige freiwillige Leistung des Studierendenwerks, sondern gehören zum notwendigen Rahmen studentischen Wohnens.

---

**15.** „Jede Gemeinschaftsfläche mehr ist ein Weniger an Wohnraum.“

**Antwort:**

Diese Behauptung müssen wir klar korrigieren. Jeder Gemeinschaftsraum ist zunächst einmal mehr Gemeinschaft. Laut Auswertung Punkt 10.4 trägt genau diese Gemeinschaft aus Sicht der Bewohnerschaft eindeutig zu besseren Lebensbedingungen bei; im Durchschnitt bewerten die Bewohner mit einem Durchschnitt von 3,63 von 4, dass bessere Gemeinschaft zu besseren Lebensbedingungen im Flur bzw. in ihrer WG

führt.

Zudem ist die Aussage des Studierendenwerks faktisch falsch. In der Studentenstadt werden unbewohnbare Räume als Büros und Lagerflächen genutzt – die Büros befinden sich ausschließlich in leergezogenen Häusern, die Betriebe in Vorbauten, die ohne hin keinen Wohnraum darstellen; hinzu kommen Sporthallen sowie Kellerräume, die der Bewohnerschaft überlassen sind.

---

**16.** „Das Studierendenwerk fördert das Engagement mit sog. Wohnzeitverlängerungen.“

**Antwort:**

Ja, aber die Vergabe ist willkürlich und erfolgt auf Grundlage keiner systematischen, rechtlich belastbaren Vergaberichtlinien. Genau darin liegt eines der Probleme.

---

**17.** „Jedes Mehr an Wohnzeitverlängerung für die aktuelle Bewohnerschaft führt zu einer Erhöhung der Wartezeiten auf einen Wohnplatz für die übrigen Studierenden in München und Umgebung.“

**Antwort:**

Ja, das ist formal richtig. Tatsächlich handelt es sich pro Semester jedoch nur um 15 Plätze weniger. Die Größenordnung ist im Vergleich zum aktuellen Leerstand in der Studentenstadt (~1.400 leere Wohnplätze) gering und sollte sachlich anhand der Rechnung im Anhang eingeordnet werden, statt sie politisch aufzublähen.

---

**18.** „Das Rotationsprinzip in studentischen Wohnanlagen ist ein wesentliches Merkmal, um ein Wohnheim rechtlich als solches zu definieren. Erst durch das Rotationsprinzip wird vielen Studierenden die Chance auf einen Wohnheimplatz ermöglicht.“

**Antwort:**

Das mag auf den ersten Blick plausibel klingen, ist im Kern aber irrsinnig, wenn Studierende nur einen Bruchteil ihres Studiums in einem Wohnheim leben können. Einem vollen Bachelor- und Masterstudium darf keine Wohnungsnot durch einen erzwungenen Umzug im Wege stehen. Das Rotationsprinzip macht in seiner jetzigen Ausgestaltung vor allem den Wohnungsmangel sichtbar, dem Studierende durch zu kurze Wohnzeiten wieder unmittelbar ausgesetzt werden.

---

**19.** „Einzelne kleine Bewohnergruppen fordern Rechte ohne sachliche Rechtfertigung ein, womit es Privilegien sind.“

**Antwort:**

A – Die studentische Selbstverwaltung stellt Forderungen als eingetragener Verein.

Diese Forderungen sind sachlich gerechtfertigt.

B – Darüber hinaus stellt die Bewohnerschaft über ihre Vertretung Forderungen nach Instandhaltung und angemessenen Lebensumständen. Das sind keine Privilegien, sondern elementare Rechte. Wenn die Einforderung unserer lang bestehenden demokratischen Strukturen und Tradition dem Studierendenwerk bereits im Wege steht, dann ist das Studierendenwerk nicht nur gegen Tradition, sondern widersetzt sich auch demokratischen Grundprinzipien.

Wo keine Demokratie ist, gibt es auch kein Recht auf Mitbestimmung. Wir fordern keine Privilegien ein, sondern bestehen auf unser Recht auf Demokratie.

---

**20.** „Die eingeforderten Privilegien schaden dem Gemeinwohl (Studierendenschaft von über 140.000 Studierenden im Zuständigkeitsbereich des Studierendenwerks).“

**Antwort:**

Diese Aussage dient offenkundig der Diskreditierung. Dabei steht unsere Position keineswegs isoliert. Über den AK Wohnen der Münchner Studierenden, in dem auch Studierendenvertretungen der Hochschulen sitzen, wurde uns ausdrücklich Solidarität zugeschrieben. Dort wird unter anderem gefordert:

- „Anerkennung und Stärkung der studentischen Selbstverwaltung in den Wohnheimen“
  - „Formale Anerkennung demokratisch gewählter Haus- und Flursprecherinnen als legitime Vertreterinnen der Bewohnenden und keinerlei Benachteiligung oder Behinderung von Bewohner\*innen, die ein solches Amt ausüben.“
- 

**21.** „Da u.a. durch zusätzliche Wohnzeitverlängerungen und Erhöhung der max. Wohnzeit das knappe Gut Wohnplatz immer weniger Studierenden zur Verfügung gestellt werden kann.“

**Antwort:**

Wir verweisen erneut auf die Rechnung zu den Wohnzeitverlängerungen im Anhang. Zusätzlich ist festzuhalten: Das Studierendenwerk selbst stellt immer weniger Studierenden Wohnplätze zur Verfügung – wegen Leerstand, wegen ausbleibender Neubauten, wegen nicht umgesetzter Nachverdichtungskonzepte und wegen verschleppter Inbetriebnahmen nach Sanierungen. Seit Jahren werden Vorhaben angekündigt, Konzepte entwickelt und Planungen in Aussicht gestellt. Am Ende wird jedoch zu wenig umgesetzt. Ein Wohnplatz in einem Studentenwohnheim ist an reale Plätze und WG-Zimmer gebunden, nicht an abstrakte Wohnzeiten.

---

**22.** „Auch sieht das Studierendenwerk in den eingeforderten Sonderrechten eine Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes. Das Studierendenwerk fühlt sich allen

Studierenden innerhalb seines Zuständigkeitsbereich verpflichtet und nicht einzelnen Bewohnergruppen.“

**Antwort:**

Ja, und genau das ist der Punkt. Wir sind keine kleine „Bewohnergruppe“, sondern sprechen als demokratisch gewählte Vertretung für die Bewohner der Studentenstadt. Wenn das Studierendenwerk die Interessen der Studentenstadt nur noch als Interessen einer „kleinen privilegierten Bewohnergruppe“ behandelt, zeigt das, dass es den grundlegenden Charakter und das Potenzial der Studentenstadt nicht anerkennt. Das erklärt die heutige Lage.

Jedoch erklärte die Geschäftsführung des Studierendenwerks 2015:

„Im Zuge der Übertragung des Erbbaurechts, des Grundeigentums und der Immobilien des Vereins Studentenstadt München e.V. erklärt das Studentenwerk München, die besondere Qualität und den Charakter der Studentenstadt München-Freimann auch in Zukunft erhalten zu wollen.“

---

**23.** „Es gilt aber, klar zwischen der baulichen Instandhaltung und dem sozialen Zusammenleben in der Studentenstadt zu differenzieren.“

**Antwort:**

Soziales Zusammenleben und Instandhaltung sind in der Studentenstadt eng miteinander verbunden. Gemeinschaft schafft Verantwortungsgefühl, Ordnung und funktionierende Problemlösung vor Ort. Genau deshalb spielten demokratische Hausvertreter lange eine zentrale Rolle: Sie bündelten Schadensmeldungen und bildeten eine Schnittstelle zwischen Verwaltung und Bewohnerschaft.

Wer als Anstalt des öffentlichen Rechts demokratische Vertreter und Strukturen nicht stärkt, sondern ihre Legitimität bestreitet und sie zurückdrängt, verschärft bestehende Probleme. Wenn es Mängel bei Legitimität oder Wahlverfahren gab, hätte das Studierendenwerk diese demokratischen Strukturen verbessern und absichern müssen – nicht abschaffen oder entwerten.